

Die Demokratie soll ergänzt werden

Politikverdrossenheit und Bürgerräte: „Lernen, dass es nicht so einfach ist wie an der Theke“, FR-Politik vom 4. Dezember

Erfolgreiche Arbeit des ersten Bürgerrats

Der Bürgerrat (entspricht den irischen citizens' assemblies, übersetzt Bürgerversammlungen) Demokratie hat am 15.11. sein Bürgergutachten mit 22 konkreten Vorschlägen zur Stärkung der Demokratie an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble überreicht. Das Bürgergutachten wurde von 160 bundesweit aus den Einwohnermelderegistern gelosten Menschen auf Grundlage von Vorträgen und Diskussionen mit Experten erarbeitet.

„Ja, unsere bewährte repräsentative Demokratie soll ergänzt werden durch eine Kombination von Bürgerbeteiligung und Volksentscheiden auf Bundesebene“, mit dieser Empfehlung gibt der Bürgerrat eine klare Antwort auf die im Koalitionsvertrag festgehaltene Fragestellung zum Ausbau der Demokratie, zu der die große Koalition eine eigene Expertenkommission angekündigt hat. Kernforderungen des Bürgerrats sind außerdem weitere Bürgerräte zu bundespolitischen Themen, die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen sowie die Einrichtung einer eigenen Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie.

Die angekündigte Expertenkommission ist bis heute nicht gegründet. Der Initiative von Mehr Demokratie e.V. ist es zu

verdanken, dass „von unten“ der Regierung jetzt qualifiziert zugearbeitet wurde. Der Beratungsprozess einschließlich regionaler „Vorrunden“ dauerte etwa ein halbes Jahr, keineswegs eine lange Zeit für die Erarbeitung konstruktiver und konsensfähiger Vorschläge. Und in jedem Fall günstiger als hektische „Schnellschüsse“, sei es in Sachen Klima oder anderer relevanter Themen.

Ich wünsche mir, dass dieser erfolgreichen Arbeit des ersten bundesweiten Bürgerrats in Deutschland mehr Aufmerksamkeit zuteil wird und dass vor allem die Regierung jetzt zügig aktiv wird. Ulrike Hanstein, Karlsruhe

Eine gefährliche Situation für unsere Demokratie

Wahlbeteiligung 45 Prozent und weniger, AfD-„Höhenflug“ – und schon wird von „Politikverdrossenheit“ und unpolitischer Jugend gesprochen, als ob diese Bezeichnung das Verhalten der Bürger erklären könnte. Fast zeitgleich erfreuen sich die Bewegungen „Fridays for Future“, „Extinction Rebellion“, „Ende Gelände“ mit zivilem Ungehorsam unerwarteter Zustimmung und Zulauf – unter anderem mit der Begründung, dass anders die „staatstragenden“ Parteien nicht in der Lage zu sein scheinen, die drängenden Probleme aufzugreifen und zu bearbeiten.

Seit längerem wird das demokratische Agieren von einem

zunehmend größeren Teil der Bürger als unbefriedigend wahrgenommen – eine gefährliche Situation für unsere Demokratie, denn dies könnte mit dem Ruf nach „der starken Hand“ enden. Kann diese unbefriedigende Wahrnehmung nicht daran liegen, dass das praktizierte Wahlverfahren als alternativlos, als allein demokratische Prozesse gewährleistendes Verfahren behauptet wird – unter den bestehenden Bedingungen von Lobbyismus, Wunsch nach Wahlerfolg und Wiederwahl – den gewünschten demokratischen Prozessen nicht (mehr) gerecht werden kann? Unter anderem weist „Extinction Rebellion“ in der Begründung zum Ungehorsam darauf hin, dass aus seiner Sicht das praktizierte Wahlverfahren ergänzt werden sollte, um demokratische Prozesse in bestimmten Bereichen besser zu ermöglichen – d.h. dass diese Forderungen Gegenteil von undemokratischen Prozessen anstreben.

Seit längerem gibt es Gruppen auf wissenschaftlicher Ebene, die sich mit ergänzenden Möglichkeiten zum Wahlverfahren beschäftigen und anhand von praktischen Beispielen Erfolge vorzeigen können. Sie orientieren sich an Beispielen, die im „alten Athen“ unter Perikles und den Stadtstaaten Venedig, Florenz und anderen mit Erfolg mit einer Kombination aus Wahl- und Losverfahren operierten. Gerhard Rütth, Herold

Nationale Schnapsidee

Zu: „Weichenstellung für Europas Raumfahrt“, FR-Wissen vom 26.11.

Mit Verlaub, die europäische Raumfahrt hat seit langem einen unabhängigen Zugang zum All, in Kourou in Französisch-Guyana. Die Lage von Kourou ist ideal, sehr nahe am Äquator und somit deutlich günstiger als Cape Canaveral oder gar Baikonur in Kasachstan. Die Lage eines Startgeländes ist wichtig, denn am Äquator ist die Umdrehungsgeschwindigkeit der Erdoberfläche am größten – dies verleiht den Raketen einen hohen Gratis-Startimpuls, spart reichlich Treibstoff und vermindert die Umweltbelastung. Es steht nicht zu befürchten, dass der EU der Zugang zum Startgelände streitig gemacht wird.

Was soll nun die Schnapsidee eines deutschnationalen Raketenstartplatzes an der Nord- oder Ostsee? Und wenn ja, warum nicht gleich Peenemünde mit seiner glorreichen Tradition? Auch wenn es in manchen Kreisen nicht gern gehört wird, die Zeit nationaler Alleingänge ist vorbei. Wir haben nur als ein gut funktionierendes Europa eine Chance, uns gegenüber den Weltmächten zu behaupten. Es macht keinen Sinn, die europäische Raumfahrt zu spalten und die Beziehungen zu Frankreich unnötig zu belasten, nur weil ein paar Lobbyisten an einer kontraproduktiven Fehlinvestition verdienen wollen.

Gerhard Schwartz, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

HP_0LES02FRDA - B_180334

